

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Kaufmann, Zorba,
Kolleginnen und Kollegen

betreffend die Sicherung der betrieblichen und überbetrieblichen Lehrlingsausbildung in Österreich
vor Auswirkungen der Covid-19-Krise in Bezug auf den Lehrstellenmarkt.

BEGRÜNDUNG

Aufgrund der Covid-19-Pandemie sind zahlreiche Unternehmen von vermindertem Arbeitsaufkommen betroffen. Die stagnierende Auftragslage und der aktuell verhaltene Konsum führen zu einer großen Zahl an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Kurzarbeit, die auch für Lehrlinge in den betroffenen Betrieben in Anspruch genommen werden kann.

Pro Lehrjahr beginnen ca. 31.000 Lehrlinge (davon über 95% im September) ihr Lehrverhältnis. Bedingt durch Covid-19 wird hier ein massiver Einbruch im Herbst 2020 erwartet. Es gilt, eine derartige Lücke im erfolgreichen Ausbildungsmodell der betrieblichen Lehrlingsausbildung durch geeignete Maßnahmen möglichst klein zu halten. Durch eine verminderte Anzahl von betrieblichen Lehrplätzen soll es auch zu einer entsprechenden Ergänzung eines bedarfsoorientierten Angebots in der überbetrieblichen Lehrausbildung kommen, damit junge Menschen ihrer Ausbildungspflicht nachkommen können und die besten Chancen haben, in die betriebliche Lehre zurückzufinden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind im April 2020 (sofort verfügbare / vorgemerke) um 1.854 Lehrstellen weniger gemeldet. Zugleich stieg die Zahl der beim AMS als lehrstellensuchend vorgemerkt Personen im Vorjahresvergleich von 5.407 auf 8.366 Personen. (Arbeitsmarktzahlen April 2020)

In Erwartung einer steigenden Nachfrage nach jungen, motivierten Menschen im Rahmen des wirtschaftlichen Aufschwunges, würden fehlende Lehrplätze eine rasche Erholung der Wirtschaft verlangsamen und die Situation der Jugendbeschäftigung verschlechtern. Die Anreize zur Schaffung betrieblicher Lehrstellen-, sollten erhöht werden, um den jungen nach einer Lehrstelle suchenden Menschen einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen und zugleich die Lücke an Facharbeitern möglichst gering zu halten. Zeitgleich ist es wesentlich, ergänzend ein bedarfsgerechtes Angebot im Rahmen der überbetrieblichen Lehre zur Verfügung zu stellen. Dabei wird das Ziel verfolgt, den Teilnehmern den möglichst raschen Beginn eines betrieblichen Lehrverhältnisses zu ermöglichen

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, über die bereits getroffenen Maßnahmen zur finanziellen Absicherung der Lehrlinge im Bereich der betrieblichen und überbetrieblichen Lehrausbildung eine Möglichkeit zur Unterstützung der Lehrbetriebe zu prüfen, um ein ausgewogenes und bedarfsgerechtes Angebot an Lehrstellen zu garantieren.“

In formeller Hinsicht wird eine Zuweisung an den Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen.



